Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 5500,— M., durch die Post bezogen monatlich 6500,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2300,— M. Einzelnummer 300,— M. Sonnabendnummer 400,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 700,— M., auswärts 800,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 3000,— M., auswärts 3500,—, Ausland 3500 u. 12000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 300 M.

Nr. 143 | Dresden, Freitag den 22. Juni 1923 | 34. Jahrg.

Parlament und Volk

Von Robert Grötzsch

Der deutsche Parlamentarismus hat nie in hohem Ansehen gestanden. Dazu ermangelte er schon in seiner Sünden Maienblüte zu sehr des roten Blutes jener demokratischen Traditionen, wie sie den englischen, französischen, amerikanischen Parlamentarismus auszeichnet. Während des Krieges gar erwies sich der deutsche Reichstag den Militärgewalten gegenüber als völlig hilflos — nach dem Kriege wuchsen ihm die Probleme und die kapitalistischen Wirtschaftsmächte über den Kopf. Es fehlt weniger an raschen, als an großen Entschlüssen, weniger an rascher als an gründlicher Arbeit. Daß der Parlamentarismus gegenüber den Notwendigkeiten der Zeit so oft versagt, hat mehrere Ursachen. Erstens sind wohl manche der Probleme zu gewaltig, als daß sie mit politischem Talent allein bewältigt werden können; an ihren Lösungen müssen die Erfahrungen der Zeit mitarbeiten. Zweitens geschieht die Besetzung der Parlamente von heute mehr nach parteiagitatorischen als nach sachlichen und fachlichen Gesichtspunkten. Da aber wichtige Fragen, wie die der Wirtschaft, heute nun einmal von Fraktionen und Ausschüssen allein nicht zu lösen sind, haben die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, des Handels, der Industrie und der Konsumenten einen so starken Einfluß auf den Gang der Politik erlangt, daß Regierung und Parlamente mitunter wie Spielbälle dieser Kräfte erscheinen. In einer ferneren Zukunft mit sozialistisch gerichteter planmäßiger Produktion, die die Zusammenfassung der verschiedenen Erwerbsgruppen voraussetzt, werden die wirtschaftlichen Körperschaften neben den Parlamenten wahrscheinlich eine noch höhere und bei einer sozialistischen Produktion auch begründetere Bedeutung erlangen als heute.

Damit sollen Wert und Wichtigkeit des Parlamentarismus für die Gegenwart nicht verkleinert, es soll nur seine schwache Seite aufgezeigt werden. Soweit er den großen Fragen der Gegenwart ohne hinreichende Kraft gegenübersteht, ist seine Ohnmacht gleichzeitig die der kapitalistischen Gesellschaft, in der engherzige Privatinteressen noch immer stärker gelten als Gemeininteressen. Otto Braun hat am Mittwoch im Preußenparlament warnend betont: Entweder opfert der Besitz, damit das Reich unversehrt bleibt, oder der Besitz bleibt unversehrt, dann wird das Reich geopfert. Damit hat der preußische Ministerpräsident die Konsequenzen der Scheu der Besitzenden vor gründlichen Finanz- und Wirtschaftsreformen scharf formuliert. Oder, um aus der Stimmung der Massen zu reden: Wenn die Besitzenden nicht freiwillig opfern, kann es Kämpfe geben, bei denen mehr eingeworfen wird als einige Fensterscheiben. Das einsichtslose Verhalten der herrschenden Schichten zu allen gründlichen Reformen heißt, die Massen zur Selbsthilfe geradezu zu reizen.

So wurde gestern aus Berlin gemeldet, daß mit der Dollarsteigerung die Unruhe in großen Berliner Betrieben so gestiegen war, daß mit einem Generalstreik gedroht wurde. Erst der Umschwung auf dem Devisenmarkt trug zur Beruhigung bei. Und es ist wirklich kein Zufall, daß in letzter Zeit innerhalb der Arbeiterpresse — bis hinüber zu der der christlichen Gewerkschaften — Stimmen hörbar wurden, die außerparlamentarische Aktionen fordern. Jüngst erst wies eine sozialdemokratische Parteikorrespondenz auf die Notwendigkeit hin, die parlamentarischen Auseinandersetzungen mit Massenbewegungen öfter als bisher zu unterstützen und im Zwickauer Volksblatt erschien am Mittwoch ein Artikel, der diese Aufforderung in ganz bestimmter Form an die Sozialdemokratie und Gewerkschaften richtet. Wir geben daraus folgendes wieder:

> Bei den allgemeinen Reichstagswahlen entscheiden die einzelnen Bevölkerungsteile nach ihrer mehr oder minder klaren politischen Grundeinstellung. Die Auffassungen und Meinungen über besonders brennende Fragen treten dabei in den Hintergrund, und aus den Wahlen selbst ist kein klares Bild darüber zu gewinnen, wie z. B. das Volk in seiner Mehrheit über die Steuerpolitik, über die Erfassung der Sachwerte und über die Schaffung von wertbeständigen Arbeitseinkommen für die Hand- und Kopfarbeiter denkt. Es ist gewiß nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gerade in diesen drei Fragen eine andre Ansicht vertritt als die bürgerliche Mehrheit des Reichstages. Die Vollendung und Vervollkommnung der politischen Demokratie müssen wir aber darin sehen, daß in allen das ganze Volk angehenden Fragen der Wille der Volksmehrheit Gesetz wird, daß Volk und Parlament sich wie zwei aufeinander angewiesene Instrumente zusammenspielen und aus dem Volks- und Parlamentswillen die aufbauenden und vorwärtstragenden Entscheidungen wachsen.
>
> Wir sind in Deutschland von diesem Ziele noch sehr weit entfernt, und die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, zu diesem Ziele vorwärtszutreiben. Als erste Vorbedingung dazu muß die Partei eine viel stärkere außenparlamentarische Aktivität entfalten... Die erste Voraussetzung für alle Aktivität ist Sachlichkeit, Sachkenntnis, Beherrschung der Materie, und darum schon müssen wir immer wieder auf einen Vorschlag zurückkommen, den Heinrich Ströbel schon vor ungefähr zwei Jahren im Vorwärts machte und der die Einsetzung einer wissenschaftlichen Studienkommission forderte, die gewissermaßen als wissenschaftlicher Beirat des Parteivorstandes zu wirken habe. Die Aufgabe dieser Studienkommission wäre es, alle auftauchenden brennenden Fragen gründlich zu prüfen und dann zu sagen, in welcher Form nach ihrer Auffassung die Lösung der jeweiligen Frage gefordert werden müsse.
>
> Als vor einigen Wochen die Reichstagsfraktion die Forderung der Sachwerterfassung erneut in den Vordergrund rückte, hätte der Parteivorstand die Studienkommission beauftragen müssen, in einer bestimmten Frist die Frage nach dem Wie der Sachwerterfassung in allen Einzelheiten zu beantworten. Die dabei herauskommende Lösung, für die sich angenommenerweise der Parteivorstand entschieden hätte, hätte dann als Referentenentwurf mit der Anweisung an die Parteipresse und die Bezirke gegeben werden müssen, daß wir in den nächsten vier Wochen überall im ganzen Reiche in Volksversammlungen Aufklärung unter das Volk tragen, was mit der Sachwerterfassung gemeint ist. Wenn das in der geeigneten Form getan worden wäre, wäre es nicht zweifelhaft, daß sich die übergroße Mehrheit des Volkes, neben den Arbeitern auch die Angestellten, Beamten und das, was man zum Mittelstand zählt, für die Gerechtigkeit und Notwendigkeit der Sachwerterfassung ausgesprochen würde. Wenn zur Unterstützung der inzwischen eingeleiteten parlamentarischen Aktion aus dem ganzen Lande ein sachlicher Forderungssturm für die Sachwerterfassung käme, würde auch die bürgerliche Reichstagsmehrheit dieser Volksbewegung Rechnung tragen müssen, und wenn sie das nicht täte und trotzalledem den sozialdemokratischen Antrag niederstimmte, so müßte die Sozialdemokratie das Volk zur Entscheidung aufrufen, einen Volksentscheid für diese brennende Frage fordern und in einem klaren Abstimmungskampfe des ganzen Volkes die zur Rettung des Volkes notwendige Sachwerterfassung durchsetzen.

Zum Schluß werden in dem Artikel zwei Punkte aufgestellt, die gegenwärtig neben der Erfassung der Sachwerte in den Vordergrund gerückt werden sollten: 1. die Revolutionierung unsrer Steuergesetzgebung dahingehend, daß die Grundlage unsrer gesamten Steuerpolitik der Sachwert wird und 2. die Schaffung eines wertbeständigen Arbeitseinkommens für alle Lohn- und Gehaltsempfänger.

Der Artikel des Zwickauer Volksblattes hat insofern recht, als die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten außenparlamentarischer Aktionen von der Sozialdemokratie nicht immer so ausgenutzt wurden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Wir sind weder der Ansicht, daß die Quellen der Gesetzgebung am reinsten auf der Straße sprudeln, noch halten wir es für wirkungsvoll, wie die Kommunisten bei jedem politischen Anlaß mit Aufrufen, Appellen und Drohungen über die erschrockene Oeffentlichkeit herzufallen. Nicht jedes politische Problem verträgt den Druck von außen, aber doch immerhin manches, bei dem wir diesen Druck schuldig geblieben sind. Um nur bei dem vom Zwickauer Volksblatt herangezogenen Beispiel zu bleiben: die Frage der Erfassung der Sachwerte hätte uns längst Gelegenheit sein müssen, das Volk über die opferwillige Drückebergerei der kapitalistischen Kreise entscheiden zu lassen. Heute ist schon Stresemann auf den Trichter gekommen, daß die Erfassung der Sachwerte gehen könnte und müßte.

Was hat uns eigentlich bisher von außenparlamentarischen Aktionen in den Fragen gründlicherer Finanzreformen abgehalten? Jeder Sozialdemokrat, der offnen Auges in den Wirrwarr und die Gefahren der Zeit schaut, kennt die Gründe; sie erschöpfen sich in Stichworten wie: Rücksicht auf die allgemeine politische Situation ... Ruhrrevier ... die lauernde Sprungbereitschaft äußerer Gegner ... die Gefahren der Zerreißung Deutschlands ... Zugegeben, alle diese Gründe sind gewichtig. Die Sozialdemokratie kann keine Politik des Hans Dampf in allen Gassen treiben. Aber man kann ebenso gut sagen, daß aus den angeführten Gründen eine Politik der Wurstelei gefährlicher ist als Kämpfe, die um Forderungen gehen, ohne deren Erfüllung eine Gesundung Deutschlands unmöglich ist. Seit Jahren fühlt sich die Partei genötigt, Rücksicht auf irgendwelche brenzlige Situation zu nehmen. Aber wenn Reich und Volk dabei vor die Hunde zu gehen drohen, so können gewisse Rücksichten zur Sünde werden.

Wir verwechseln auch Sachsen durchaus nicht mit dem übrigen Deutschland, in dem die Kräfteverhältnisse zwischen Proletariat und kapitalistischen Schichten etwas anders gelagert sind; wie wir es überhaupt für eine Gefahr halten, die Reichspolitik etwa aus dem Gesichtswinkel der sächsischen Machtverhältnisse zu betrachten und zu verkennen. Aber politische Notwendigkeiten wie die Reform der Finanzen und die Demokratisierung der Wirtschaft sind so dringend, daß die Sozialdemokratie mit einem Appell ans Volk in allen Gegenden des Reiches längst ein gewaltiges Echo gefunden hätte. Gerade wer realpolitisch denkt, kann sich nicht damit abfinden, daß erfüllbare, lösbare Forderungen von einer kapitalistischen Reichstagsmehrheit verschleppt oder verschandelt werden, während eine Mehrheit des Volkes nach gründlicher Arbeit geradezu schreit. Unsre Sache ist nicht die einer kleinen Schicht, sondern die des Volkes — und das verleiht uns nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die kapitalistische Gesellschaft zu gründlichen Reformen vorwärtszupeitschen.

Keine Illusionen!

Die Sozialdemokratie wird wieder einmal eines neuen Dolchstoßes bezichtigt, obwohl auch die Reichsregierung sich bereit zeigt, mit Rücksicht auf die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit abzuschließen. Zur Einleitung einer derartigen Verständigungspoliti ist der ehemalige Gesandte Graf Harry Keßler nach London gereist. Er gewährte dort einem Vertreter der Westminster Gazette eine Unterredung, in der als Voraussetzungen für den Verzicht auf den passiven Widerstand gefordert wird, daß Frankreich seine TTruppen unsichtbar macht und bald zurückzieht, die Eingriffe in die deutsche Industrie und in den Betrieb der Eisenbahn aufhören, eine vollständige Amnestie für alle Gefangenen zu gewähren ist, sowie den Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimat gestattet werden muß. Dieses Programm, das wir glauben als Auffassung der Reichsregierung ansprechen zu können, deckt sich im wesentlichen mit unseren Ausführungen über eine Verständigung. Die Bezichtigung der Rechtspresse, daß wir die Ruhrfront erdolchen, trifft also in gleichem Maße die Reichsregierung.

Die Schreier von rechts, die in der Hauptsache das heutige Elend durch ihre Kurzsichtigkeit während des Krieges verschuldet haben, mögen uns ruhig weiter des Dolchstoßes bezichtigen. Die Sozialdemokratie wird dennoch fortfahren, der Verständigung das Wort zu reden, ohne die die Welt den Frieden niemals erleben wird. Im gegenwärtigen Konflikt gehen wir dabei von zwei Gesichtspunkten aus. Ist es besser, jeden Vorschlag der französischen Regierung zur Lösung des Ruhrkonfliktes zu verwerfen, oder ist es angebracht, uns auf einer Basis mit Frankreich und England, die einigermaßen erträglich ist, zu einigen? Sowohl die Beantwortung der einen wie der andern Frage ist im wesentlichen davon abhängig, ob wir in der Lage sind, mit Rücksicht auf unsre allgemeine katastrophale Wirtschaftslage den passiven Widerstand bis ins unendliche fortsetzen zu können. Es gibt zweifellos Kreise — und dazu gehören insbesondere die weit vom Schuß im Hinterland sitzenden Deutschnationalen, wie die Heimkriegerstrategen der Dresdner Nachrichten, die den passiven Widerstand immer noch für unerschüttert halten. Gewiß kann vorläufig an eine Kapitulation nicht gedacht werden, aber es bleibt Tatsache, und das läßt sich leicht nachweisen, daß die Ruhrfront langsam zermürbt, insbesondere aber Deutschlands Wirtschaftslage immer mehr in den Abgrund sinkt und bei der weiteren Entwicklung der Verhältnisse in dem Maße, wie wir sie heute erleben, vollständig zusammenbricht. Welcher ehrliche Deutsche, dessen Politik nicht von Parteiabsichten getragen wird, muß sich unter diesen Umständen nicht sagen, daß es die Pflicht der Reichsregierung, des Reichstages ist, die deutsche Wirtschaft, das Deutsche Reich zu erhalten. Diese Möglichkeit aber besteht nur, wenn wir uns zu einer Verständigung auf Gegenseitigkeit bereit erklären. Kann doch zweifellos Frankreich das Ringen an der Ruhr länger aushalten als wir! Deutschland hat den Krieg verloren. Es steht auf der Welt allein, und es wird weiterhin allein stehen, wenn es auf den Gedanken verfällt, Prestigepolitik zu treiben, während Frankreich stark und mächtig aus dem Krieg hervorgegangen ist und heute trotz seiner Gewaltpolitik noch große Freundschaft in der Welt eben seiner Stärke wegen, besitzt. Geben wir uns keinen Illusionen hin! Erkennen wir, daß die endgültige Katastrophe nur vermieden werden kann durch einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit.

Erleichterung der Lebensmittelversorgung

Elberfeld, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Mark an der Lippe sind am Donnerstag morgen zwei belgische Posten niedergeschossen worden, ein dritter wurde schwer verletzt. Der Tatort wurde sofort militärisch abgesperrt; Repressalien sind zu erwarten. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Bei der Amtskasse in Rauxel beschlagnahmten die Franzosen am Donnerstag 7 560 000 M. In Lennep ist eine Kompanie Infanterie und eine Schwadron Kavallerie eingerückt, um die der Stadt auferlegte Kontribution von 50 Millionen Mark gewaltsam einzutreiben.

Der Bahnhof Dortmund-Süd und der Bahnhof Eving sind von den Franzosen geräumt und zur Aufnahme des Betriebs durch deutsches Personal zur Verfügung gestellt worden. Die Freigabe einer Reihe weiterer, dicht an der militarisierten Strecke gelegener Bahnhöfe bei Dortmund, wie Hörde, Hörde-Hachenau und Ober-Eving, ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Durch die Freigabe des Verkehrs wird die Lebensmittelversorgung wesentlich erleichtert werden. Die Strecke Dortmund-Ost und Eving ist durch Aufstellung eines Prellblocks für den Zugverkehr gesperrt worden. Bei der Besetzung des Bahnhofs Dortmund-Süd sind den Franzosen 25 Lokomotiven in die Hände gefallen.

Elberfeld, 21. Juni. Von heute an ist die Ausgabe von Lebensmittelsendungen nach allen Stationen des Ruhrgebiets ohne jede Einschränkung freigegeben. Soweit Lebensmittel für stillgelegte und nicht mehr erreichbare Bahnhöfe des Essener Bezirks bestimmt sind, werden sie von der Eisenbahnverwaltung bestimmten Ersatzbahnhöfen zugeleitet und von dort mit andern Beförderungsmitteln ihren Bestimmungsorten zugeführt.

Genug der Todesopfer!

Düsseldorf, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der in Düsseldorf stationierte Revisionsgerichtshof der französischen Besatzungsarmee verwarf am Mittwoch nach kurzer Beratung die Revision des in Mainz wegen eines Sprengattentats zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrers Goergen.

Im Interesse der von der großen Mehrheit des deutschen Volkes ersehnten Verständigung ist dieser Spruch ebenso bedauerlich wie das Todesurteil selbst, ganz abgesehen davon, daß wir einem französischen Gericht nicht das Recht zugestehen, über die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230622/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG